
INHALT

| | |
|-----------------|---|
| Editorial | 5 |
|-----------------|---|

Schwerpunkt

| | |
|---|----|
| Michael Minkenberg: Die radikale Rechte in westlichen Demokratien. Zwischen Paria und Policy-Maker | 11 |
|---|----|

| | |
|---|----|
| Frank Stauss: Visionen, Populisten und die gelangweilte Demokratie. Ein Plädoyer | 29 |
|---|----|

| | |
|--|----|
| Lisa-Marie Klose: Das erste Jahr. Die Politik der Alternative für Deutschland (AfD) in hessischen Kommunalparlamenten | 43 |
|--|----|

| | |
|--|----|
| Annette Dorothea Weber: Gerücht oder Wahrheit? Interventionen im öffentlichen Raum zu Gerüchten in Mannheimer Stadtteilen | 61 |
|--|----|

| | |
|--|----|
| Heike Radvan, Christiane Leidinger: Demokratische Leitbilder als Prävention in der Sozialen Arbeit. Diskriminierende, antidemokratische und rechtsextreme Positionen als Herausforderung in Kindertagesstätten | 73 |
|--|----|

| | |
|---|----|
| Ramona Kahl: Familie unter Druck. Einflüsse religiös begründeter Radikalisierung von Heranwachsenden auf das Familienleben | 87 |
|---|----|

Forum

| | |
|---|-----|
| Marina Chernivsky: Zur Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus. Gefühlserbschaften zwischen Generationen in einem autobiografischen Interventionsprojekt | 103 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| Almut Zwengel: Die DDR und ihre MigrantInnen. Lebensverhältnisse von VertragsarbeiterInnen und Fremdenfeindlichkeit | 115 |
|--|-----|

| | |
|--|-----|
| Miriam Sitter: Geflüchtete Kinder und die alte Angst vor Differenz | 127 |
|--|-----|

Marktplatz

| | |
|--|-----|
| Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma | 137 |
| Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung an Kitas und Grundschulen – die Fachstelle Kinderwelten | 139 |
| Monumente, Golem und Gelehrte – Die UNESCO-Welterbepewerbung der SchUM-Städte | 141 |
| Expertenkreis erstellt Bericht zu Antisemitismus in Deutschland | 143 |
| FORENA-Nachwuchspreis | 144 |
| Das Couragiert-Magazin – Ein Periodikum, das Wissen teilt und Ideen vernetzt | 146 |
| BiLaN – Bildungsinitiative Lernen aus dem NSU-Komplex | 147 |
| debate// für eine demokratische digitale Debattenkultur | 148 |
| ADE – Die Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt – Expertise & Konfliktberatung an der Universität Bremen | 150 |

Buchbesprechungen

| | |
|--|-----|
| Gereon Flümman (Hg.): Umkämpfte Begriffe (von Benno Hafener) | 153 |
| Andrea Röpke: 2017 Jahrbuch Rechte Gewalt (von Lisa-Marie Klose) | 156 |

| | |
|------------------------------|-----|
| Autorinnen und Autoren | 158 |
|------------------------------|-----|

EDITORIAL

Jüngst titelte Spiegel online mit der Aussage eines Familienvaters in einem Streitgespräch zum Thema AfD mit der Aussage: „Mein Papa möchte eine Mauer bauen.“ Der Artikel ist ein Beispiel dafür, wie in den vergangenen zwei Jahren das Thema Rechtspopulismus und Radikalisierungen auch im öffentlichen Bewusstsein bis hinein in die Familien und in der Berichterstattung einen rasanten Aufstieg erlebt. Es vergeht fast keine Woche, in der das Thema nicht in den politischen Sparten und im Feuilleton der großen Zeitungen behandelt wird, etliche neue, kluge wissenschaftliche Publikationen, die seine Erscheinungsformen, seine Strategien, sein Wirken, seine Folgen und die historischen Linien auf- und nachzeichnen. Und auch wir sind in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift der Frage nachgegangen, ob wir derzeit eine gesellschaftspolitische Zeitenwende erleben.

Doch mittlerweile, so scheint es, hat sich zugleich und parallel dazu auch eine Art Gewöhnungseffekt eingestellt. Pegida und die vielen lokalen Ableger mit ihren vor zwei Jahren noch aufschreckenden Hassparolen und Galgenplakaten sind vergessen, auch an die AfD hat man sich inzwischen fast gewöhnt, ihr Abdriften in die klar rechtsextreme und neurechte Richtung wirkt kaum noch alarmierend. Schlimmer noch, Hinweise auf Rechtsextremismus, die auf konkrete, strukturelle und lokale Schwachstellen verweisen, werden – in bewährter Weise – verdrängt, ignoriert oder gar eilig zurückgewiesen. Dazu gehört auch die Praxis von Teilen der Sicherheitsbehörden, die im Zusammenhang mit dem NSU-Prozess eher gebremst als aufgeklärt haben.

Exemplarisch ist auch der Vorgang um die Mitte 2017 erschiene Studie der Kolleg_innen um Franz Walter vom Göttinger Institut für Demokratieforschung zum Thema „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen, Hintergründe und regionale Kontextfaktoren“. Unmittelbar nach ihrem Erscheinen wies der Sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich die Studienergebnisse empört zurück, nicht alle Sachsen seien rechtsextrem, was die Studie nie behauptet und auch gar nicht unter-

sucht hat. In der Folge wurde die Studie zum Teil zu Recht hart kritisiert und fachlich-methodisch auseinandergenommen. Sicher, an dieser wie den meisten Studien lässt sich das eine oder andere verbessern, noch transparenter und sauberer machen und auch der Titel verdeutlicht nicht, dass es sich um die Datengrundlage einer qualitativen Studie handelt, die in zwei Orten und in einem Stadtteil erhoben wurden. Trotzdem lassen sich auch aus dieser Studie wertvolle Hinweise ableiten. Dass dies aber zum Anlass genommen wird, sich zum Opfer zu generieren, statt sich mit den inhaltlichen Befunden auseinanderzusetzen, und sich an kritischen Fragen zum eigenen Umgang mit Rechtsextremismus zu wagen, ist geradezu eine erschreckende Bestätigung der Befunde im Nachhinein und fördert, wenn dies vorschnell passiert, nur jene Wissenschaftsfeindlichkeit, die die Rechte selbst vorantreibt.

Dass der Rechtspopulismus in den öffentlichen Debatten bereits seinen Schrecken verloren hat, zeugt von zweierlei: Im Guten hat sich die Gesellschaft vielerorts ihrer demokratischen Errungenschaften besonnen – „Wir können nicht zulassen, dass das, was wir uns so mühsam in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, einfach kaputt geschlagen wird“ – das war vielerorts die verbreitete Stimmung. Gleichzeitig aber gab es eine große Hilflosigkeit in der Frage, wie Umgehen mit den alten und neuen Gefahren von rechts? Ist dies ein Zeichen einer Normalisierung der deutschen Parteienlandschaft, der deutschen Politik, dass es nun auch hier (wieder) eine Partei am und jenseits des rechten Rands mit nennenswerten Zustimmungszahlen gibt? Soll man mit den Rechten sprechen, weil sich dies für eine wehrhafte Demokratie und Demokrat_innen so gehört, sie dies auch von sich selbst einfordern? Oder haben Rechte, die Menschenfeindlichkeit verbreiten, im demokratischen Raum nichts zu suchen, ist es gar töricht, der Rechten zu viel Podium zu bieten, weil sie dies in der Eigendynamik von Podien nur befördert? Wann, wie, unter welchen Bedingungen und mit wem kann, soll, muss man sich auseinandersetzen oder auch nicht?

Während also die demokratische Gesellschaft vielerorts um ihrer Wertvorstellungen und die angemessenen Formen der Auseinandersetzung ringt, hat sich auf der andere Seite unmerklich eine Verschiebung des Diskurses unter dem Schlagwort „Man wird doch noch sagen dürfen...“ eingesetzt. Die AfD betreibt die Diskursverschiebung ihrem internen Strategiepapier zufolge ganz gezielt. Sie tut dies zum einen über die Arbeit in den Parlamenten, wo sie etwa durch gehäufte kleine Anfragen versucht, Projekten für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus das Leben zu

erschweren. Eine jüngst erschienene Analyse von Wolfgang Schröder und Kolleg_innen vom Wissenschaftszentrum Berlin beschreibt diese und weitere Strategien der AfD in den einzelnen Landesparlamenten, in denen sie vertreten ist. Sie tut dies auch, wie sie weiterhin selbst bekundet, indem sie Begrifflichkeit und Themen in der öffentlichen Kommunikation „ausprobiert“, wie etwa „Schießbefehl gegen Flüchtlinge“ oder den Begriff „völkisch“, der für ihre sich moderat gebende, ehemalige Frontfrau Frauke Petry doch lediglich auf das Volk verweise und daher nichts Anrühiges habe. Ihr sich konservativ-bürgerlich gerierender Vorsitzender Alexander Gauland sympathisiert offen mit dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, der als Geschichtslehrer gezielt nationalsozialistische Rhetorik einsetzt und eng mit der inzwischen auch vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung verbandelt ist. Seriöse öffentlich-rechtliche Sender wie die ARD, das ZDF und die Phönix-Runde geben Schnittstellen-Journalisten wie Roland Tichy und Alexander Kissler Raum, die identitäre Botschaft von „Ethnopluralismus“ – die nichts anderes ist als eine alte völkisch-nationalistisch-rassistische Ideologie in modernisierter Begrifflichkeit –, in die breite bürgerliche Öffentlichkeit hineinzutragen. Sie befördern das Einsickern rechtsextremer Ideologien in ihrem neurechten Gewand in den gesellschaftlichen Diskurs und letztlich bis hinein in die Familien.

Auch die Erzählung von „oben gegen unten“, von den sogenannten Eliten und das Establishment, die sich gegen „den ehrlichen kleinen Mann“ verschworen haben, der sich dagegen zu Wehr setzen müsse, in Verbindung mit dem einfachen, komplexitätsreduzierten Versprechen von nationalen Lösungen gegen alles „Fremde“, hat Spuren hinterlassen. Mit ihr setzte sich Donald Trump gegen alle Mitbewerber_innen auf das Amt des amerikanischen Präsidenten durch, mit ihr brachte sich Marie Le Pen, die Kandidatin des Front National, erfolgreich in die Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahlen, und inzwischen geht auch die eigentlich neoliberal orientierte AfD damit auf Stimmfang. Das Narrativ hat seine Spuren hinterlassen. Hass, Bedrohung und Gewalt gegen die sogenannten „Systemträger“ wie Behördenmitarbeiter, Polizei und sogar Feuerwehrleute und Sanitäter_innen sind eine Folge.

Diskursverschiebungen finden aber nicht nur auf der großen gesellschaftspolitischen Bühne statt; die innovative Praxis in diesem Feld beobachtet und thematisiert inzwischen auch das Eindringen in die familiäre Welt. Zum einen über Radikalisierungen im familiären Kontext, zum anderen über die Frage nach der Wirkung und Auseinandersetzung mit der

Geschichte des Nationalsozialismus von einer Generation zur nächsten. Parallel zu diesen Diskursen geht es verstärkt – und das finden wir eine sehr positive Entwicklung – um Betroffene, die sonst in der aktuellen Diskussion nicht berücksichtigt werden.

Das aktuelle Heft liefert Beiträge zu dem hier umrissenen großen Bogen der Diskursverschiebungen und Diskursgewohnungen.

Michael Minkenberg skizziert Diskursverschiebungen in der Mitte der Gesellschaft durch die Neue Rechte, die sich von der alten Rechten zwar durch ihre abgemilderte Rhetorik unterscheidet, im Kern aber ihre undemokratische und menschenfeindliche Ideologie teilt. Er wirft dafür einen Blick auf die Strömungen der extremen Rechten in Europa und den USA und kommt zu dem Schluss, dass etablierte Parteien deren diskursive Elemente insbesondere in Bezug auf die Themen Immigration und Integration zum Teil bereits übernommen haben.

Frank Stauss, Geschäftsführender Gesellschafter der Agentur BUTTER und nach eigener Aussage „Wahlkampf-Besessener“, spricht von der gelangweilten Demokratie in der sich nun wieder „Ausgrenzung, Hass, Nationalismus, Wut, Egoismus und Abschottung“ verbreiten, die scheinbar nur und für kurze Zeit „geschlafen“ haben. Er skizziert die „Rezeptur des Teufels“, nach der sich der Rechtspopulismus zusammenbraut, und beschreibt, wie Medien, die Abwanderung in die urbanen Zentren, die Digitalisierung und das Rentenalter im Nährboden bieten, und wie er in Zeiten des Wahlkampfes an Auftrieb gewinnt.

Lisa-Maria Klose untersucht in ihrem Beitrag, ob und in welcher Form es der AfD in den hessischen Kommunalparlamenten ein Jahr nach der Wahl gelungen ist, die sich nicht nur an der politischen Agenda der Bundespartei orientiert.

Annette Dorothea Weber, freie Regisseurin und künstlerische Leitung des Community Art Center Mannheim stellt in einem Praxisbeispiel vor, wie mit Gerüchten im öffentlichen Raum in Mannheimer Stadtteilen als ein wesentliches Element der Diskursverschiebung umgegangen werden kann.

Mit der Linse näher heran, von den großen gesellschaftspolitischen Linien weg und hin auf die Familie zoomen Christiane Leidinger und Heike Radvan in ihrem Beitrag, der sich mit der Frage nach demokratischen Leitbildern für Kindertagesstätten beschäftigt.

Die Folgen von Diskursverschiebungen betrifft auch das Feld der religiös begründeten Radikalisierung. Ramona Kahl betrachtet in ihrem Beitrag Familien, die unter dem Druck und den Folgen von solchen Radikalisierungsprozessen leiden.

Im Forum beschreibt Marina Chernivsky anhand eines von ihr entwickelten Interventionsprojekts die Freudsche These von Gefühlserbschaften, d. h. einer Verbindung von kollektiver Geschichte und der persönlichen Familiengeschichte, wodurch auch kollektive Traumata über die Generationen weitergereicht werden.

Almut Zwingel geht der Frage nach, wie sich in der DDR die Lebensverhältnisse von Migrant_innen darstellten und mit welcher Neugierde einerseits und mit Fremdenfeindlichkeit andererseits die autochthone Bevölkerung reagierte.

„Geflüchtete Kinder und die alte Angst vor Differenz“ lautet schließlich der Titel des Beitrags von Miriam Sitter in der sie die These diskutiert, dass die Wortwahl des kulturell „Unbekannten“ eher ein Unwissen darüber verdeckt, wie mit geflüchteten Kindern umzugehen ist.

**Beate Küpper, Timo Reifrank und Reiner Becker für das
Herausgeber- und Redaktionsteam der Zeitschrift
*Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit***